

Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

250 000 Arbeitslose mehr!

Keine Winterhilfe — Bettelpfennige für die 15 Millionen Hungernden —
Milliarden für das Kapital

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 21. Dezember.

WTB. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember hat die jahreszeitliche Verschlechterung sich in der ersten Dezemberhälfte stärker durchgesetzt. Das Frostwetter brachte in den meisten Teilen des Reiches die Außenarbeiten zum Erliegen. Die Beschäftigung für Aufträge zum Weihnachtsfest fand ihr Ende. Bei den Arbeitsämtern waren am 15. Dezember rund 560 400 Arbeitslose gemeldet, d. h. rund

249 000 mehr als Ende November.

Mit einer Belastung dieser Größenordnung war zu rechnen (1). Die Inanspruchnahme der Arbeitslosen-Versicherung und Krisenfürsorge hat erwartungsgemäß beträchtlich zugenommen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung lag am 15. Dezember nahe an 700 000; sie war damit um rund 60 000 höher als Ende November. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge stieg um rund 57 000 auf 1 188 000. Die Reichsanstalt unterstützt damit zusam-

men 1 888 000 Arbeitslose. Aussteuerungen aus der Krisenfürsorge sind im Dezember nicht mehr erfolgt, so daß kaum anzunehmen ist, daß die Zahl der anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen noch nennenswert gestiegen ist. Bei Notstandsarbeiten waren Ende November etwa 86 000 Arbeitslose beschäftigt; inzwischen dürfte durch den Einfluß kalter Witterung eine geringe Abnahme erfolgt sein, ebenso bei den Arbeitsdienstwilligen.

Diese neue Springflut in der Aufwärtswirtschaft der Arbeitslosenziffer zer- schlägt endgültig das ganze Täuschungs- manöver, was monatlich mit den Phrasen über „Wirtschaftsankurbelung“, „Silberstreifen am Horizont“ usw. von den Herrschenden durchgeführt wurde. Diese Ziffern bergen aber auch eine Steigerung der unbeschreiblichen Not und des Massen- hungers, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

An den Einzelheiten der Ziffern ist folgen- des von besonderem Interesse. Es wird be- richtet, daß die Zunahme der Haupt- unterstützten in der Alt 60 000, die in der Krisenfürsorge 57 000 beträgt, die Ziffer der Wohlfahrtsunterstützten hätte sich nicht erhöht. Das besagt, daß von den 249 000 Arbeitslosen mehr nur 117 000 unter- stützt werden.

132 000 Arbeitslose mehr und insgesamt etwa 3 1/2 Millionen Arbeitslose bekommen also keinen Pfennig Unterstützung.

restlos verloren sind, so ist festzustellen, daß das Reich unter der Herrschaft der Kapitals- diktatur dem Privatkapital rund 4 Milliarden Mark zur Verfügung stellt. In dieser Re- chnung fehlen die Agrarliebesgaben noch ganz. Es sind nur wenige tausend Großkapitalisten, die die Nutznießer dieser Riesensumme sind, auf jeden einzelnen entfallen Hunderttausende von Mark.

60 Pfennige für einen Arbeits- losen, Hunderttausende für einen Großkapitalisten, das ist der „christ- liche“ Staat, das ist die Kapitalsdiktatur unter dem schönen Namen Präsidial-Regierung!

Das erneute lawinenartige Anschwellen der Arbeitslosenziffer zusammen mit der Ver- weigerung einer auch nur vor dem nackten Hunger schützenden Winterhilfe durch die jetzige Regierung zeigt, was es mit dem „sozialen General“ auf sich hat. Es beweist, welch eine Irreführung der Arbeitermassen darin liegt, wenn Gewerkschafts- oder son- stige „Arbeiter“-Führer die Arbeiter verlocken wollen, auf die Hilfe des „sozialen Generals“ zu warten.

Nein! Von der kapitalistischen Seite ist für die Hungernden keine Hilfe zu erwarten. Jede Regierung der herrschenden Klasse, ob Brüning, Papen oder Schleicher, sieht nur eine Aufgabe: die Erhaltung und Rettung des Kapitalismus auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Darum keine Abwarten, keine Hoffnungen auf eine Besserung im bankrotten Kapitalismus, sondern Kampf mit allen Mitteln zum Sturz dieser mörde- rischen Gesellschaftsordnung. Kampf um die Öffnung der Betriebe unter Kon- trolle der Arbeiter. Kampf um die Uebernahme der Wirtschaft durch das Proletariat. Das allein kann Rettung bringen, das allein ist der Ausweg aus Krise, Not und Elend!

Neuer SA-Terror

Altona, 21. Dezember.

Hier ereignete sich heute abend ein neuer schwerer Naziüberfall. Ein mit SA- Leuten besetzter Kraftwagen durchfuhr unter wüster Schießerei die Altstadt, um dann auf mehrere Lokale der SPD und KPD, wie auch auf Läden der Konsumgenossenschaft Ueber- fälle auszuführen. Der Bevölkerung bemäch- tigte sich große Erregung.

„Winterhilfe“

Um diesem himmelschreienden Elend etwas zu steuern, hat der Reichstag unter dem Druck der Massen eine noch völlig un- zureichende Winterhilfe beschlossen. Nach diesem Beschluß sollten die Arbeitslosen be- stimmte, gewiß nicht ausreichende Menge an Kohle, Brot und Fleisch unentgeltlich bekommen.

Die Regierung des „sozialen Generals“ hat diesen Beschluß sabotiert.

Ihr wie der ganzen herrschenden Kapi- talistenklasse war das viel zu viel. Mit dem Argument, „es ist kein Geld da“, hat sie die ganze sogenannte Winterhilfe, die nach den Reichstagsbeschlüssen angeblich 700 Millionen Mark betragen sollte, auf ein paar Bettelpfennige reduziert. Es sol- len jetzt

für die ca. 15 Millionen hungernden Ar- beitslosen mit ihren Angehörigen ganze 37 Millionen Mark,

das heißt pro Person etwa 60 Pfenni- ge für den ganzen Winter, ausgeworfen wer- den. Die jetzt immer noch mit dem Titel „Winterhilfe“ herausgegebene Regierungs- verordnung gibt unentgeltlich über- haupt nichts an die Arbeitslosen ab. Es sollen nur Marken zum verbilligten Einkauf von Heizungsmaterial und Lebensmittel aus- gegeben werden.

Millionen von Erwerbslosen werden die Marken für die Verbilligung gar nicht benutzen können, weil sie keinen Pfennig Geld besitzen.

Wenn es darum geht, den Millionen von hungernden Proletariern zu helfen, dann hat die „christliche“ Regierung der Kapitals-Dik- tatur nie Geld. Handelt es sich aber darum, dem „notleidenden“ Kapital, den „gefährde- ten“ Betrieben und den bankrotten Großban- ken und Trusts zu helfen, dann haben die Re- gierungen, ob sie Brüning, Papen oder Schlei- cher heißen, Milliarden zur Verfügung.

Ein Zufall hat es gefügt, daß am selben Tag, an dem die als eine Verhöhnung der Ar- beitslosen zu bezeichnende „Winterhilfe“- Verordnung herauskam, auch ein Artikel des Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk über die öffentlichen Finan- zen in der offiziellen Zeitschrift „Heimat-

dienst“ erschien. Schwerin-Krosigk singt dort ein Klageelied darüber, daß in den ver- gangenen Jahren „die Wirtschaft“, d. h. das Kapital, zu stark besteuert (II) worden wäre und daß man daher gezwungen gewe- sen sei, jetzt in der Zeit der Krise „der Wir- tschaft“ unter die Arme zu greifen. Nach sei- nen gewiß nicht zu hohen Angaben hat die Reichskasse im Laufe des letzten Jahres fol- gende Summen dem Kapital zur Verfügung gestellt:

1 1/2 Milliarden Steuergutscheine
rund 1 Milliarde für Bankenstützung
2,1 Milliarden Bürgschaften.

Da die Reichsbürgschaften für die privat- kapitalistische Wirtschaft erfahrungsgemäß

Hunger läßt sich nicht verbieten

Erwerbslosen-Demonstrationen allerorts

Berlin, 21. Dezember.

Im Bezirksamt Kreuzberg kam es heute vormittag zu Demonstrationen jugendlicher Erwerbsloser, die die Korridore besetzt hiel- ten, dauernd „Rot Front“ und „Hunger“ riefen und nicht eher abziehen drohten, bis Bürgermeister Herz ihre Forderungen auf Auszahlung sofortiger Nothillen erfüllt hätte. Als das Ueberfallkommando eine Verhaftung vornahm, wurde (nach bürgerlichen Mel- dungen) die Menge gegen die Beamten tätlich und schlug einigen Polizisten den Tschako vom Kopf. Mit gezogenem Revolver dräng- ten die Schutzpolizisten die Erwerbslosen aus dem Gebäude heraus.

Koblenz, 21. Dezember.

CNB. In den Abendstunden des Dienstag bildeten sich wieder in den Hauptgeschäfts- straßen der Stadt starke Ansammlun- gen. Trotz verstärkter Polizeistreifen konnte nicht verhindert werden, daß die Fenster-

scheiben zweier Lebensmittelgeschäfte einge- worfen wurden. Die Polizei schritt gegen die Demonstranten ein und nahm zwölf Verhaf- tungen vor.

Das Polizeipräsidium hat in den Zeitungen eine strenge Warnung erlassen, sich nicht an den Ansammlungen und Plünderungen zu be- teiligen, da es sich bei den bisherigen Aus- schreitungen in allen Fällen nachweislich um Landfriedensbruch handelte. Auch aus Orten der Umgebung, die stark mit Erwerbslosen besiedelt sind, werden Unruhen und Angriffe auf Geschäfte gemeldet.

Düsseldorf, 21. Dezember.

Ein Trupp von 400 bis 500 Angehörigen der KPD versuchte heute abend in der Alt- stadt und auf dem Hindenburgwall während eines Konzerts unter dem Weihnachtsbaum zu demonstrieren. 50 Personen wurden fest- genommen.

Papen — Schleicher — Hitler

Von Paul Frölich.

Der Mann des Vertrauens

Papen hatte zuletzt hinter sich nur noch das Vertrauen Hindenburgs, einzelner Cliquen und der Hugenberg-Partei. Gegen sich hatte er außer der Arbeiterklasse auch die ganze bürgerliche Front. So mußte er fallen. Schleicher genießt das allgemeine Vertrauen der Bourgeoisie. Die Deutschnationalen können zwar den Sturz ihres Junker-Kanzlers noch nicht verwirnen, aber sie frösten sich damit, daß Schleicher an der Spitze eines Präsidialkabinetts steht. „D. A. Z.“ und „Kölnische Zeitung“ erwarten von Schleicher, er werde die Versöhnung mit den Nazis zu- stande bringen. Stegerwalds „Deutscher“ begrüßt Schleichers Verständigungskurs. Die „Frankfurter Zeitung“, hinter der der Chemie- trust steht, gibt sich der bezeichnenden Hoffnung hin: „gegenüber einem Manne, der das Richtige auf richtige Weise tue, würden die Parteien schwach sein“. „Vogel“ und „Berliner Tageblatt“ begrüßen in Schleicher den Garant für eine ruhige Entwicklung der innerpolitischen Dinge. Organe wie die „Welt am Montag“, die zwischen der bürger- lichen Linken und der Sozialdemokratie pe- deln, haben bereits seit längere Zeit für den „sozialen General“ Reklame gemacht. Es bleiben die Nazis und die Sozialdemokratie. Die Nazis kündigen jeder Regierung den Kampf an, in der sie selber nicht sitzen, aber sie legen Schleicher nicht einmal das Stein- chen des parlamentarischen Mißtrauens in den Weg. Die Sozialdemokratie droht mit dem „allerschärfsten Kampf“ gegen jeden, der den Papenkurs weiterführt, doch be- schränkt sie sich auf parlamentarische De- monstrationen, und das Parlament ist — dem Himmel sei Dank! — erst einmal wieder in den Ruhezustand versetzt. Auf die Sozial- demokratie aber drücken die Gewerkschafts- instanzen, die bereit sind, mit der Partei zu brechen, wenn man es gegen Schleicher zu toll treiben sollte.

Ist Schleicher nicht auch der Mann der Versöhnung? Mit seiner Zustimmung ist eine schlechte Amnestie gemacht worden, immer- hin eine Amnestie. Papens Wirtschaftskurs wird korrigiert. Den Hungernden ist Wirt- schaftshilfe durch das Reich mindestens in Aussicht gestellt. Den Gewerkschaften wer- den freundliche Augen gemacht. Die Pläne einer monarchistischen Restauration sind in die Ecke gestellt. Kein Hohenzoller soll als Hindenburgs Nachfolger Reichsverweser werden. Sind das nicht alles ermutigende Ansätze, Schritte auf dem Rückwege zu so- zialer Politik und zur parlamentarischen De- mokratie?

Tatsachen sind verführerisch. Es ist nicht zu bezweifeln, daß in vielen Arbeiterköpfen eine in ihrem Wesen feige Hoffnung auf- keimen wird, es werde sich alles wieder zu- rechtziehen. Solchen Illusionen kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Dazu muß Klarheit über das Wesen der Re- gierung Schleicher geschaffen werden. Die Aufzeichnung einiger Entwicklungslinien wird uns dabei helfen.

Der General als Kanzler

In Deutschland steht zum ersten Male seit Caprivi ein General an der Spitze der Re- gierung. Caprivi aber war nicht deshalb Kanzler, weil er General war. Er ließ die Uniform in der Privatgarderobe hängen. Zum Amt war er gekommen als Angehöriger der Junkerkaste, die im alten Reich das Monopol auf die Regierungsgewalt besaß. Er war aber zugleich gewählt worden, weil er als Soldat und Mann „ohne Ar und Halm“ die nötige Unabhängigkeit vom Großagrariertum besaß und so eine mehr freihändlerische Poli- tik durchführen konnte. Die Armee blieb unter ihm die große Reserve der Macht, das stets bereitstehende Instrument der Klassen- herrschaft, es war aber kein unmittelbarer Faktor der Regierungspolitik.

Herr von Schleicher ist aus der Armee ausgeschieden. Nur an Paradedagen zeigt er die roten Aufschläge am Mantel, als Kanzler geht er im bescheidenen Zivil. Aber er ist Kanzler, weil er General ist. Und er kam zu seinem Amt nicht nur, weil er ein General war, weil man einen starken, ent- schlossenen Mann brauchte, also als das

gerade gewachte Werkzeug der Regierungspolitik. Er kam als direkter Repräsentant der Generalität, als ihr politischer Führer. Die Generale haben bei der Aufrichtung der Bourgeois-Republik eine hervorragende Rolle gespielt, sie schafften der Bourgeois den Raum und die Macht, indem sie die Arbeiterklasse niederwarfen. Sie haben nie auf die Position verzichtet, die sie damit im politischen Leben erlangen wollten. Wohl wurden ihre Ansprüche zurückgedrängt, die sie im Kapp-Putsch erhoben. Da aber Ebert genötigt war, die Rebellen sofort wieder heranzuholen, damit sie die Reiter der verfassungsmäßigen Regierung, die Arbeiterklasse, zu Rassen brachten, so sicherten sie sofort wieder ihren Einfluß. Einmal wurde eine Anekdote erzählt: Schleicher warf in einem Gespräch die Bemerkung hin, die Reichswehr habe einen Fehler gemacht, als sie die Beratung dieses oder jenes Ministers ihre Zustimmung gab. Auf die verwunderte Frage, was denn die Reichswehr mit der Instellung eines Ministers zu tun habe, erklärte Schleicher: Ohne die Zustimmung der Reichswehr kann in Deutschland niemand Minister werden! Ein kleiner Beitrag zum Thema Selbstbestimmung des Volkes durch die Demokratie.

Nachweisen läßt sich, daß die Generalität bereits bei der Einsetzung der Regierung Hermann Müller eine Rolle gespielt hat. Diese Regierung hatte schon nicht mehr eine echte parlamentarische Grundlage. Je mehr sich das Schwergewicht vom Parlament auf den Präsidenten verlegte, um so gewichtiger wurde der Einfluß des Säbels. Bei der Bildung des Kabinetts Brüning war Schleicher bereits wichtigster Faktor. Brüning und Treviranus, die „Frontkämpfer“, gehörten zu seinen Vertrauten. Groener hatte ihm selbst den Weg gebahnt. Die Schaffung eines besonderen „Ministeramts“ bei der Reichswehr und Schleichers Bestimmung zum Chef dieses Amtes unterstrichen die gewachsene politische Rolle der Generalität und ihres Führers. Brüning wurde das Opfer der politischen Mächtschichten der Generalität, wie vorher Groener. Nun wurde Papen der Erkorene der Militärdiktatur. In diesem Kabinett war Schleicher anfangs der Dirigent, die Reichswehr war zum entscheidenden Faktor der Politik geworden. Als der Konflikt mit den Nationalsozialisten ausbrach, trat Schleicher in den Hintergrund, aber er ging zurück, um besser zu springen. Jetzt ist zum ersten Mal in Deutschland das Kanzleramt und das Kriegsministerium in einer Hand. Damit ist die Armee aus einem Werkzeug der Staatspolitik, die sie nach den Grundsätzen der Demokratie sein sollte, zum entscheidenden Faktor der Politik geworden.

Wenn auch nicht gradlinig, so ist doch diese Entwicklung eindeutig vor sich gegangen. In diesem Punkte kann keine Rede sein von einer Wendung zur parlamentarischen Regierungsmethode. Die Diktatur ist unmittelbar in die Hände der Generale gelangt. Das allein schon sollte vor Illusionen schützen.

(Zwei weitere Artikel folgen.)

Zinserleichterung für Siedler

Im Siedlungsausschuß des Reichstages wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Volksdienstes und 2 deutschen nationalen Stimmen gegen eine deutschnationale Stimme sowie gegen die Stimmen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei ein Antrag angenommen, in dem es heißt:

Die Renten der mit Reichsmitteln angesetzten Siedler werden mit Wirkung vom 1. Juli 1932 von 5 v. H. auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Herabsetzung wird vorläufig auf zwei Jahre befristet. Für die mit Ländermitteln angesetzten Siedler ist eine gleiche Regelung anzustreben. In allen Härtefällen sind die zuständigen Stellen zu ermächtigen, weitere Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Sämtliche nach der Inflation entstandenen Siedlungen sind sofort auf die Höhe der Renten und ihre Tragfähigkeit nachzuprüfen.

Wird man die Beschlüsse ausführen?

Berlin, 21. Dezember.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags beschäftigte sich am Dienstag u. a. mit einem sozialdemokratischen Antrag, der das Staatsministerium ersuchte, die Durchführung des vom Reichskommissar herausgegebenen Erlasses gegen die Nacktkulturbewegung auszusetzen. Der Hauptausschuß nahm den Antrag in der Fassung an, daß das Staatsministerium ersucht wird, daß die Durchführung des Erlasses über die Schließung der Freikörperkulturschule Adolf Koch und ähnlicher Anstalten ausgesetzt und mit Rücksicht auf die den Institutionen erwachsende wirtschaftliche Schädigung und eine notwendig werdende Umstellung Verhandlungen mit dem Ziele der Weiterführung dieser Schulen aufgenommen werden.

Annahme fand ein kommunistischer Antrag, wonach das vom Berliner Polizeipräsidenten erlassene Verbot des am 25. September 1932 geplanten roten Massensporttages mißbilligt wird und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Aus der Partei

Eine neue Ortsgruppe der SAP ist in Nienburg a. d. Weser gegründet worden. Wir begrüßen die neue Gruppe und wünschen ihr die besten Erfolge im Kampf für die Verwirklichung des revolutionären Sozialismus!

Neue Schreckensurteile gegen Kommunisten!

10 Jahre Zuchthaus, weil sie nicht erfrieren wollten!

WTB. Halberstadt, 21. Dezember.

Wegen schweren Landfriedensbruchs, Forstdiebstahls und Vorgehens gegen die Terrornotverordnung wurde hier der 25jährige Arbeiter Kranz zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kranz war Anfang November in Thale (Harz) mit etwa 50 Kommunisten beim Magistrat für die Gewährung einer Kohlenbeihilfe für die Erwerbslosen vorstellig geworden. Als der Magistrat dies ablehnte, zog ein Teil der Kommunisten unter Anführung des Kranz in einen stadtteiligen Wald, wo sie etwa 25 junge Eichen abholzten. 33 Kommunisten sollten sich wegen Landfriedensbruchs verantworten. Jedoch wurde mit Rücksicht auf die erwartete Amnestieverordnung die Verhandlung hinausgeschoben. Kranz mußte sich aber jetzt als Rädelsführer vor der Strafkammer des Landgerichts verantworten.

Zuchthausurteil des Reichsgerichts

WTB. Leipzig, 21. Dezember.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil gegen sechs Kommunisten verkündet, die in der Nacht zum 2. August 1931 eine große Anzahl von Handgranaten und Sprengkapseln aus der Scheune eines Landwirts in Melzingen bei Uelzen in Hannover gestohlen hatten. Der 24jährige Schlosser Johann Ofzarek wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Verbrechen gegen § 7 des Sprengstoffgesetzes und schweren Diebstahls in strafverschärfendem Rückfalle sowie Vergehen gegen das Schusswaffengesetz zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen den 25jährigen Tischler Paul Mundil wurde wegen Vergehens gegen das Kriegserzeugnisgesetz auf ein Jahr dreieinhalb Monate Gefängnis erkannt. Die übrigen vier Angeklagten wurden freigesprochen.

„Versuchter Verrat militärischer Geheimnisse“

Berlin, 21. Dezember.

Der I. Strafsenat des Kammergerichts verurteilte am 20. Dezember den preussischen Staatsangehörigen Alfred Bohr wegen

versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Der Angeklagte soll versucht haben, deutsche Reichsangehörige dem polnischen Spionagedienst als Agenten zuzuführen, sowie diesem geheim zu haltende Nachrichten über die Grenzbesetzungen zu übermitteln.

Stuttgart, 21. Dezember.

Vom Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart wurde in nichtöffentlicher Verhandlung ein 25jähriges Strafenmädchen aus Mannheim wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Sie war im September d. J. in Ludwigsburg auf frischer Tat festgenommen worden, als sie sich im Auftrag des französischen Nachrichtendienstes von einem Reichswehrangehörigen geheime militärische Schriftstücke zu verschaffen suchte. Das Urteil ist rechtskräftig.

16 Jahre unschuldig im Zuchthaus!

Unter diesem Titel erschien, herausgegeben vom Reichskomitee zur Rettung von Mooney und Billings, die Broschüre über den Fall Mooney und Billings in zweiter Auflage. Die 24 Seiten starke Broschüre enthält in knapper und gedrängter Form das gesamte Material über diesen Fall, der nur noch mit dem Justizmord an Sacco und Vanzetti verglichen werden kann. Ausführlich werden die geradezu ungeheuerlichen Einzelheiten angeführt, wie das „Beweismaterial“ zusammengefaßt wurde, und die unwiderleglichen Unschuldsbeweise angeführt, die Mooney und Billings Unschuld beweisen. Aber weder die Zeugnisse hoher Justizbeamter, die selbst am Prozeß mitgewirkt hatten und später ihren eigenen Irrtum bekannten, noch das Zeugnis des Präsidenten Wilson, mit der Untersuchung des Falles beauftragter hoher Staatsfunktionäre, vermochte Mooneys und Billings Schicksal zu ändern, weil es sich hier eben um ein Racheurteil der Klassenjustiz handelt. — Jeder, der an dem Schicksal der beiden proletarischen Märtyrer Anteil nimmt, muß diese Broschüre lesen und verbreiten. Sie ist für den geringen Preis von 10 Pfg. zu beziehen durch das Verteidigungskomitee zur Rettung von Mooney und Billings, Berlin SW 68, Wilhelmstraße 135. I.

Entscheidungen des Staatsgerichtshofes

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat am Dienstag in drei Streitsachen die Entscheidung getroffen.

Neue Millionen für die Kirche

In dem ersten Falle handelte es sich um eine Klage der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens gegen das Land Sachsen wegen der Zahlungen an die Kirche. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes fiel natürlich im wesentlichen zu Gunsten der Kirche aus. Das Land Sachsen muß danach jährlich 310 000 Mark als Entschädigung an Geistliche und Kirchendiener für weggefallene Stolzgebühren (Gebühren für Beerdigungen, Trauungen usw.) zahlen, ferner 16 000 Mark für die Ablösung der Getreidezehnte (!) und als Kostenzuschuß für den Gottesdienst in der Hofkirche, ferner für 1500 Geistliche jährliche Besoldungszuschüsse usw.

Insgesamt sind an jährlichen Leistungen rund 2 Millionen Mark zu zahlen!

Außerdem wird das Land Sachsen verpflichtet, der Landeskirche vierteljährlich 200 000 Mark bis zur Erreichung einer Gesamtsumme von 5 Millionen Mark als „Rückstände an Leistungen“ zu zahlen.

Mit diesem Urteil sind, wie schon gesagt, die Ansprüche der Kirche fast voll berücksichtigt, und dem Freistaat Sachsen, der in einer so besonderen finanziellen Notlage sich befindet, werden neue schwere Lasten auferlegt. Da aber in dieser Zeit der Finanzkrise selbst der Staatsgerichtshof die Ansprüche der Kirche nicht hundertprozentig befriedigen konnte, wird in der Urteilsbegründung noch hinzugefügt, daß bei einer durchgreifenden Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse jede der beiden Parteien eine anderweitige Festsetzung der Besoldungszuschüsse fordern könne. Praktisch bedeutet das einen Wink an die Kirche, bei eventueller Besserung der staatlichen Finanzen noch höhere Forderungen zu stellen.

Nazi-Klage zurückgewiesen

Die zweite Streitsache drehte sich um eine Klage der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtages gegen die Aenderung der Geschäftsordnung, durch die bekanntlich für die Neuwahl eines preussischen Ministerpräsidenten die absolute Mehrheit vorgeschrieben wird. Der Staatsgerichtshof wies die Klage der NSDAP

zurück und stellte in seiner Begründung fest, daß die Geschäftsordnungsänderung nicht verfassungswidrig sei.

Kerl bekommt Unrecht

Drittens stand eine Klage der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages zur Entscheidung. Die SPD-Fraktion wandte sich in dieser Klage gegen das Verhalten des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerl, der das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion auf Landtagseinberufung nicht berücksichtigt hatte, obwohl in der preussischen Verfassung vorgeschrieben ist, daß der Präsident den Landtag einberufen muß, wenn mehr als ein Fünftel der Mitglieder des Landtages es verlangen. Der Staatsgerichtshof gab der Klage der SPD-Fraktion statt und stellte fest, daß die Hinauszögerung der Landtagseinberufung der preussischen Verfassung zuwiderlaufe. Ob diese Entscheidung für die Zukunft praktische Bedeutung hat, muß allerdings bezweifelt werden, da in diesen Fragen nicht eine Rechtsentscheidung, sondern die politische Macht den Ausschlag gibt.

Auslands-Rundschau

Buenos Aires, 21. Dezember.

Die Regierung hat über ganz Argentinien den Belagerungszustand verhängt, und zwar zunächst für die Dauer von 30 Tagen. Diese Maßnahme des Präsidenten Justo, die vom Senat und von der Abgeordnetenkammer gebilligt wurde, soll der Regierung die Möglichkeit geben, alle Verdächtigen ohne weiteres festnehmen zu können. Aus beschlagnahmten Briefen soll hervorgehen, daß die verhafteten ehemaligen Präsidenten Irigoyen und Alvear von dem Vorhaben der Verschwörer Kenntnis hatten.

Prag, 21. Dezember.

Das Kreisgericht Ungwar hat den kommunistischen Senator Iwan Lokota zu 14 Monaten Gefängnis und zum Verlust des Wahlrechts verurteilt. Die Verurteilung erfolgte auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik wegen Gewalttätigkeiten und Aufruhr, zu denen Lokota angeblich bei Streikunruhen aufgereizt hatte. Auch einige Arbeiter, die die einschreitende Gendarmen mit Steinen beworfen haben sollen, wurden zu zwei bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Pleite, auch in Frankreich

WTB. Paris, 22. Dezember.

Bei der Uebergabe des Finanz- und Budgetministeriums an den neuen Finanzminister Chéron haben die bisherigen Ressortminister Germain-Martin und Palmade in einer durch Havas verbreiteten Erklärung auf den Einbruch der Finanzlage hingewiesen. Sie teilen mit, daß in der Zeit von Juni bis November die Steuereingänge um drei Milliarden Franken hinter dem Vorschlag zurückgeblieben seien und daß sich in der Staatskasse am 14. Dezember, dem Tage des Rücktritts des Kabinetts Herriots an barem Gelde nur noch 605 Millionen

Das Ende der Sondergerichte

Berlin, 21. Dezember.

CNB. Die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Sondergerichte ist im Reichsgesetzblatt vom 20. Dezember 1932 veröffentlicht worden. Die Tätigkeit der Sondergerichte findet mit dem Ablauf des 21. Dezember 1932 ihr Ende.

Franken (100 Mill. RM.) befanden. Es beständen allerdings gewisse Möglichkeiten, durch Ausgabe von Bons und eine Anleihe bei der Depotkasse die verfügbaren Mittel auf 3,3 Milliarden zu erhöhen, was aber immer noch nicht reichen würde, am Ende des Jahres und Anfang des kommenden Jahres den notwendigen Anforderungen gerecht zu werden. Aus diesem Grunde hätten die zuständigen Minister bereits Ende Oktober vor dem Finanzausschuß der Kammer darauf hingewiesen, daß sie Ende des Jahres flüssige Mittel in Höhe von drei Milliarden für die Staatskasse anzufordern gezwungen sein würden.

Hitlers Garde

Volmarstein, 21. Dezember.

CNB. Zu den Vorgängen in dem SA-Heim in Volmarstein teilt die Polizei u. a. noch mit, es sei ihr gelungen, den noch flüchtigen Haupttäter in Wengern im Unterkunftsraum des freiwilligen Arbeitsdienstes (!) festzunehmen und ihn in das Hagener Gerichtsgefängnis einzuliefern. Dieser SA-Mann sei einer der Haupttäter der Gesellschaft gewesen und bereits wegen gefährlicher Körperverletzung und anderer Delikte stechbrieflich verfolgt worden.

Der größte Teil der gestohlenen Gegenstände wurde nach Witten-Annen geschafft und von einer Helferin in Pfandhäusern versetzt. Bei der Durchsuchung des SA-Heimes wurden im ganzen vier Pistolen mit Munition und ein Dolch vorgefunden.

So erschiebt man parlamentarische Mehrheiten!

Im braunschweigischen Landtag hat der nationalsozialistische Landtagspräsident auf besondere Weise eine Mehrheit der Regierungsparteien hergestellt. Er schloß den kommunistischen Abgeordneten Gmeiner, weil er einer Aufforderung des Präsidenten nicht sofort Folge leistete, auf acht Sitzungen aus. Praktisch bedeutet das, daß der aus geschlossene Abgeordnete vor der Landtagsauflösung im nächsten Sommer wahrrscheinlich überhaupt nicht mehr an den Verhandlungen und Abstimmungen teilnehmen kann! Auf diese Weise haben die Regierungsparteien die absolute Mehrheit, während bisher die Opposition bei 20 zu 20 Stimmen die Möglichkeit hatte, wenigstens Beschlüsse zu verhindern. Zunächst ist damit für die Annahme des Etats die Regierungsmehrheit gesichert.

Hamburger Bürgerschaft

(Eigener Bericht der „SAZ“.)

CNB. Vor Eingang in die Tagesordnung interpelliert Westphal (KPD) wegen der Polizeimaßnahmen in der Rathausumgebung vor Beginn der Sitzung. Die Besprechung dieser Angelegenheit lehnt der Präsident des Hauses ab.

Der Initiativantrag der Nazis sollte den Hamburger Wohlfahrtsangelegenheiten, insbesondere dem Warenskandal gelten. Sie bemühten sich lebhaft, die Fehler und Mängel, die bestimmt vorhanden sind, aufzuzeigen. Ihr Unglück dabei war nur, daß sie allzu deutlich durchfühlen ließen, daß es nur anders würde, wenn ihre Leute die einträglichen Posten besetzten.

Dann kam der kommunistische Fürsorgeantrag. Alle Parteien bekannten sich dazu, daß Hilfe geleistet werden mußte. Aber auch alle schoben diese Hilfe auf das Reich und vertrösteten auf die kommende Reichswinterhilfe. Auch die SPD fand keine Veranlassung, daß Hamburg von sich etwas Besonderes zu tun brauche. Die Nazis, die sich erst strikte gegen die KP-Anträge ausgesprochen, erklärten kurz vor der Abstimmung, daß sie für die KP-Anträge stimmen würden, nur damit den Kommunisten die Agitation genommen sei. Dabei hofften sie natürlich, daß die übrigen Parteien zusammen stärker seien. Aber es erwies sich, daß in deren Reihen allerlei Abgeordnete fehlten, so daß die KPD-Anträge mit 66 zu 81 Stimmen angenommen wurden. Damit ist es aber noch lange nicht erwiesen, daß sich Senat und Behörde nach diesen Beschlüssen richten. Vor Illusionen muß gewarnt werden!

Wer ist hier angeklagt?

Die modern-kapitalistische Gesellschaftsordnung ist in einem Verwesungsprozess begriffen, dessen unaufhaltsamen Ablauf weder Reformen und Rezepte, noch drakonische Mittel verhindern können. Dichter wie Sinclair haben diese Gesellschaftsordnung einmal mit einem „Sumpf“ verglichen. Und in der Tat, ob in Chicago, Berlin oder anderswo, die Tatsachen zeigen immer das gleiche Bild: Aus der ehemals stolzen Kultur und Zivilisation des modernen Kapitalismus ist ein sumpfiger Morast geworden.

Ein Beispiel von vielen ist daher nur der Sonderfall, der die Breslauer Straßkammer in den letzten zwei Wochen beschäftigt, worüber wir im folgenden berichten wollen. Aber es ist ein typisches Beispiel: Es ist die Geschichte eines Schwindelunternehmens, die mit der Urteilsverkündung am gestrigen Tage abschloß.

„Das Unternehmen ist zwar jung aber gut“

Mit dieser schillernden Reklame lockte die neu gegründete „Wirtschafts- und Treuhandbank“ in Breslau ihre Kunden an. Ihr Vermögen war ein Nichts. Aber die Dummen, die nie alle werden fanden sich: Kleinbürger, Angestellte, pensionierte Beamte, die „ihre Zeit nutzbringend verwerten“ und aus dem zusammengeschrumpften Beutel hundert und mehr Mark auf den unsicheren Wechsel für eine bessere Zukunft entrichten wollten. Die „Anteile“ wuchsen. Das Vermögen, das die Bank erhielt, stieg aus dem Nichts auf 32 000 Mark (!). Die Sanierungsgeschäfte der Kunden erledigte man, indem man die Gläubiger um Stundung anging.

Aber die Bank kam bald in die Lage, sich selbst zu sanieren. Geschäftskosten, Miete, Gehälter hatten das Betriebskapital in kurzer Zeit verbraucht. Schon zeigte die Bilanz ein Minus von 12 000 Mark. Da begann man die Sanierung und zwar in der Weise, daß die Anteile von 100 auf 20 Mark herabgesetzt wurden. Die Geschäftsanteile wurden auf 200 Mark erhöht.

Reklame schreit

In Rundschreiben, Inseraten und mit sinnigen Sprüchen wandte man sich gleichzeitig an das Herz des Speiebers, ja an Schulen, um die Schulkinder durch Ausgabe von Sparbüchern zur Einzahlung ihrer Ersparnisse zu verleiten. „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ „Spare was, dann hast du was“, schrie die Reklamemotormel. Vertreter wurden in allen Zeitungen Deutschlands gesucht, und die Bewerber mit der Aussicht auf ein monatliches Höchstverdienst von 1000 Mark aufgefordert, mehrere Geschäftsanteile in Höhe von je 100 Mark einzuzahlen. Den Vorsichtigen legte man das Herz, sich schneller zu entschließen, da die Anzahl der eingegangenen Bewerbungen eine allzu große sei. An das Haus Doorn ging ein Schreiben ab, in dem das „gutgehende, junge Unternehmen“ um eine finanzielle Unterstützung bat und dem „Gesandten“ seiner Majestät einen Aufsichtsratsposten anbot. Vom Hause Doorn kam zwar keine finanzielle Unterstützung, aber doch ein herzlicher Glückwunsch für den begrüßenswerten Beweis wirtschaftlicher Gesandung in Deutschland prompt zurück. Kurzum, die Reklamemotormel des Unternehmens schlug lauter und lauter — bis das Trommelfell zerplatze.

Da gab es freilich lange Gesichter und ein gerichtliches Nachspiel, das den neuesten Versuch der Ankerbelegung der deutschen Wirtschaft als einen unerhörten Schwindel, als ein plummes Betrugsmanöver enthüllte. Die Aufsichtsräte in diesem Unternehmen

wechselten wie in einem Taubenschlage. Sie wurden „eingewimmelt und rausgewimmelt“, wie sich Zeugen und Angeklagte in ihrer Aufregung vor Gericht ausdrückten. Ja, die Aufsichtsräte wurden überhaupt nicht aus dem Kreise der Genossenschaft, sondern auf dem Wege durch die Zeitung „angestellt“. Bedingung war natürlich auch hier die Einzahlung einer hohen Anteilsumme. Die wenigsten von den Aufsichtsräten und gekauften Titelträgern hatten daher eine Ahnung von banktechnischen und buchhalterischen Dingen. Ihre einzige Parole war der Verdienst. Und damit kommen wir zu dem Kern des ganzen Unternehmens.

Der kleine Schwindel

Jeder in diesem Unternehmen handelte und sorgte nur in seinem Interesse. Eine Unzahl von Egoisten, von Versinkenden in dem Sumpf der heutigen Gesellschaft, hatte sich aneinander geklammert, um sich auf dem Rücken oder auf Kosten des anderen vor dem drohenden Untergang zu retten. In diesem Sinne waren sie alle Beteiligte, auch die bitter betrogenen Sparer und Anteilnehmer. Aber in dem verzweifeltsten Existenzkampf, in diesem Kampf aller gegen alle, ist der Rückwärtsloseste und Skrupelloseste von jeder der Stärkste geblieben und in diesem Sinne hat sich auch der geschäftsführende Direktor des obigen Unternehmens, der Hauptangeklagte Bienert, am besten bewährt. Bienert war derjenige, der während des ganzen Bestehens der Genossenschaft in erster Linie für sich sorgte. Mit dem Schein von Wohlhabenheit, mit dem Hinweis auf den zu erwartenden finanziellen Gewinn und durch gefälschte Bilanzen hatte es der Blender verstanden, die 32 000 Mk. aufzubringen. Dann aber floß das Geld in seine Tasche. Er setzte alles auf seine Rechnung: Für Miete der von ihm geliehenen Gebrauchsgegenstände monatlich 250 Mark, für die Ausarbeitung der Genossenschaftstatuten, die er durch die ihm gehörige „Dr. Görlich Finanzierungs G. m. b. H.“ vornehmen ließ, 2000 Mark, und so fort. In dem Kampf aller gegen alle, in dem heftigen Streit zwischen den Beteiligten um die Geschäftsführung, in dem einer den anderen übervorteilen wollte

und doch der Übervorteilte war, scheute Bienert kein Mittel, und sei es selbst, daß er gegen ein Aufsichtsratsmitglied mit einem eisernen Beifeschwerer vorging. Es charakterisiert diese Gesellschaft, daß ein Aufsichtsratsmitglied für das bloße Abheften von Briefen nicht weniger als 400 Mark Monatsgehalt erhielt. Doch genug davon. Denn es geht uns nicht darum, alle Einzelheiten eines kleinen, verlockenden, aber in Wirklichkeit gemeinen Schwindels ans Licht zu ziehen. Auch die Gefängnisstrafe von zehn Monaten und die Geldstrafe von 100 Mark, bzw. fünf Tagen Gefängnis, die gegen den Hauptangeklagten Bienert und den Angeklagten Klaffe erkannt wurden, sind für das Gesamtbild und die Beurteilung dieses Prozesses nicht wesentlich.

Der große Schwindel

Wesentlich ist ein anderes: der kleine Schwindel ist ein Abbild nur des großen Schwindels, den wir alle Tage sehen, erleben. Wir müssen es uns versagen, deutlicher zu werden. Aber sitzen nicht in den leitenden Stellen des großen Unternehmens, des Staatsapparates, ebenfalls Männer, die uns weiß machen, das „Unternehmen ist zwar jung aber gut“, die von „Ankerbelegung der Wirtschaft“ sprechen und das Vertrauen der Wähler durch den unsicheren Wechsel auf die Zukunft zu gewinnen suchen? Ist nicht der an der Spitze der „direktorialen“ Regierung stehende Herr von Papen ebenso laut geworben und ebenso geringe Ahnung von der Leitung seines Unternehmens bewiesen? Erleben wir nicht täglich den rücksichtslosen Kampf verzweifelter Existenzen gegeneinander und füreinander um den besten Platz an der Futterkrippe? Wechseln hier nicht die „Aufsichtsräte“? Und wieviel Millionen versinkender Kleinbürger folgen heute noch dem großen Trommler Hitler? Fragen stellen heißt freilich die revolutionären Konsequenzen ziehen. Denn zwischen dem großen und dem kleinen Schwindel besteht nur ein einziger Unterschied, und den hat ein altes Sprichwort in die Worte eingekleidet: „Die Kleinen hängen man und die Großen läßt man laufen!“

E. K.

Beuthens SJV im Vormarsch

Übertritte aus der SAJ

Am vergangenen Mittwoch hat der SJV zum Beginn seiner Winterarbeit zu einer Mitgliederversammlung aufgerufen. Der überaus zahlreiche Besuch gab uns rein äußerlich den Beweis, daß die proletarische Jugend Beuthens nach dem Ergebnis der letzten Wahlen die Parolen des SJV gehört, erkannt und für richtig befunden hat. Dieser Eindruck wurde verstärkt durch den Übertritt von 2 SAJ-Genossen, die vor der Versammlung erklärten, mit uns für die Befreiung des Proletariats von Faschismus und Kapitalismus, sowie von parlamentarischen und reformistischen Illusionen zu kämpfen. Wenn die proletarische Jugend, als wichtigster Faktor jeder Bewegung, die von SJV und SAP angenommene Prinzipienklärung anerkennt und auf deren Grundlage für die Erreichung des Klassenziels arbeitet, dann kann der Tag

der Befreiung der gesamten Arbeiterklasse durch den Sozialismus nicht mehr in großer Ferne liegen. Und darum richteten die anwesenden Funktionäre der Partei an die Jugendgenossen den Appell, die ganze Kraft für die so überaus wichtige Arbeit im SJV einzusetzen.

In der darauf folgenden Aussprache wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, sich der neugegründeten „Proletarischen Kulturgenossenschaft“ anzuschließen und mit ihr für die Ausgestaltung der am 8. Januar stattfindenden 1. proletarischen Morgenfeier zu arbeiten. Proben hierzu finden jeden Mittwoch im Volkshaus statt. Nach Erledigung wichtiger organisatorischer Fragen wurde die Versammlung nach Absingen der Internationale geschlossen.

Mögen uns SPD-Zeitungen noch so oft für tot erklären, wir wissen, daß unser Kampfgeist lebt, und daß wir unser nächstes Ziel, die proletarische Diktatur, nicht für Ministerzettel an die Bourgeoisie verkaufen werden, sondern nicht eher ruhen werden, bis das revolutionäre Proletariat den Sieg errungen hat. Darum rufen wir unseren Genossen zu:

Seid kampfbereit!

Kristallpalast ausverkauft

Geht alle ins Proleton, es läuft dasselbe Programm. Karten sind noch genügend bei allen Funktionären, im Parteibüro und im Buchvertrieb zu haben.

Messerstecherhelden

Ein Toter, zwei Schwerverletzte

Beuthen OS., 21. Dezember.

Am Mittwoch kam es in den Gemeindebaracken in Mikulschütz zwischen den dort wohnenden Brüdern Wolfgang und Richard Mrosek, die angetrunken waren, und dem ebenfalls dort wohnenden Invaliden Franz Czopla und seinen Söhnen Paul, Richard und Raimund zu einem Streit, der in eine folgenschwere Messerstecherei ausartete. Wolfgang Mrosek, der Vater von sechs unmündigen Kindern ist, wurde durch Stiche in den Bauch und in die Halsschlagader getötet, sein Bruder Richard wurde durch einen Stich in die Herzgegend lebensgefährlich verletzt. Raimund Czopla trug durch einen Schlag mit einer Kartoffelhacke einen Schädelbruch davon. Der Schlag war von seinem eigenen Vater geführt worden, der ihn in der Dunkelheit für einen Gegner gehalten hatte. Richard Mrosek und Raimund Czopla wurden sofort in das städtische Krankenhaus in Hindenburg gebracht. Der Vater Franz Czopla und sein Sohn Paul wurden verhaftet.

Haussuchungen bei wem?

Schweidnitz, 21. Dezember.

In den letzten Tagen wurden von der Landjägerrei in Rauske bei Striegau eine ganze Anzahl Haussuchungen durchgeführt, desgleichen auch in Oelsse und Ullersdorf. Ueber das Ergebnis der Maßnahmen wurde nichts bekanntgegeben. Weitere Haussuchungen sollen in Grün, Groß Rosen, Hällich und Laasan bei Striegau vorgenommen werden.

Nur fünfzig werden entlassen

Amnestie in Breslau

Das Wolffbüro meldet: „Die Vorbereitungen zur Durchführung der Amnestie sind soweit fortgeschritten, daß im Bereich der Staatsanwaltschaft Breslau etwa 50 Personen, die wegen politischer Straftaten in Strafhaft sitzen, sofort entlassen werden können. Soweit die Amnestie Straftaten betrifft, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, dürfte die Durchführung einige Zeit in Anspruch nehmen; allein bei der Staatsanwaltschaft in Breslau sind voraussichtlich einige tausend Straftaten darauf nachzuprüfen, ob die Amnestie Anwendung findet. Bei einigen Strafsachen können besondere Ermittlungen über die Motive der Straftat notwendig werden. Auch in diesen Fällen wird jedoch, sofern sich ein gewisser Anhalt dafür ergibt, daß die Amnestie in Frage kommen könnte, die Strafvollstreckung — wenn es sich um Freiheitsstrafen handelt — unterbrochen werden, ohne daß erst das Ergebnis der Ermittlungen abgewartet wird. Der Oberstaatsanwalt in Breslau hat, um die Nachprüfung beschleunigt durchführen zu können, zwei Hilfsarbeiter angefordert, die zusammen mit den ordentlichen Dezernenten diese Sachen bearbeiten sollen. Auch bei den übrigen Staatsanwaltschaften sollen, soweit das erforderlich ist, Hilfsarbeiter zur Verfügung gestellt werden.“

Uns erscheint die Zahl der Amnestierten sehr gering! Es bleibt abzuwarten, wie alles geregelt und wie die Amnestie durchgeführt wird.

Der Oderdurchstich bei Klautsch vollendet

Glogau, 21. Dezember.

Am Mittwoch ist der seit einigen Monaten in Arbeit befindliche untere Klautscher Oderdurchstich vollendet und dem Verkehr übergeben worden. Damit ist der Ausbau der Oderwasserstraße einen weiteren großen Schritt vorwärts gekommen.



Mit dem Herzen gegeben
wird auch die kleine Gabe wertvoll;
und soll sie dabei köstlich sein,
so schenkt

JUNO 6 STÜCK 20
die gute dicke runde!

Massenentlassungen

(Sonderbericht der „SAZ“)

Landeshut.

Die Schuhfabrik Rosenstein u. Prerauer hat ihrer Belegschaft als Weihnachtsgeschenk kurzerhand durch Aushung am Bekanntgabebrett zum 30. Dezember ihre Kündigung bekanntgegeben. Als Grund gibt sie Stillezung an. Die Rigorosität dieser Art Kündigung steigert sich noch dadurch, daß der Betriebsratsvertretung bis dahin nichts bekanntgegeben wurde. — Die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ bemerkt zu dieser Kündigung nur, daß der Firma arbeitsrechtliche Komplikationen entstehen dürften. Kein Wort der Kritik.

Es ist verständlich, wenn man weiß, daß Prerauer ein Demokrat, jetzt Staatspartei, also einer von den vielgepriesenen Republikanern ist, mit dem die SPD sehr enge freundschaftliche Verbindungen pflegte. In seiner Eigenschaft als Stadtverordneter beriet sich die SPD-Stadtverordnetenfraktion bei verschiedenen Anlässen immer sehr vertrauensvoll mit ihm, der dann aber die SPD bei der entscheidenden Stellungnahme und Abstimmung zugunsten seiner bürgerlichen und kapitalistischen Klassengenossen stets im Stich ließ.

So wie dieser Herr Prerauer sind auch alle anderen Kapitulanten und Demokraten hier am Orte. Sie unterscheiden sich an Ausbeutung der Arbeiterschaft nicht im geringsten von den anderen. Im Gegenteil, sie sind vielfach sogar die intellektuellen Urheber von den raffinierten arbeiterschinderischen Antreibermethoden.

Für die Arbeiterklasse gilt nur eine Parole, und die heißt: „Kampf, Klasse gegen Klasse, bis zum endgültigen Siege, bis zur proletarischen Diktatur!“

Kumpeltod

Waldenburg, 21. Dezember.

In der Nachtschicht zum Mittwoch wurde auf dem Hans-Heinrich-Schacht in Weißstein der Hauer Paul Haufe aus dem Ortsteil Neusalzbrunn durch hereinbrechendes Gestein verschüttet. Durch die sofort einsetzenden Bergungsarbeiten konnte der Verunglückte noch lebend geborgen werden, er starb aber noch während des Transportes aus der Grube an den erlittenen schweren Verletzungen. H. ist verheiratet und 50 Jahre alt.

Typhus

Im Kreise Landeshut

Landeshut, 20. Dezember.

In der Familie des Hausbesitzers Urban in Merzdorf erkrankten zwei Kinder an Typhus, die in das Kreis Krankenhaus übergeführt wurden. Ob das Wasser an den Erkrankungen die Schuld trägt, muß die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Sittlichkeitsverbrecher festgenommen

Grünberg, 20. Dezember.

Der Polizei gelang es, zwei Sittlichkeitsverbrecher festzunehmen. Es handelt sich um einen 49 Jahre alten Arbeiter und einen 58-jährigen Werkmeister. Beide lockten mit Geld und anderen Geschenken Mädchen im Alter von 6 bis 14 Jahren an sich und vergingen sich an ihnen wiederholt.

600 Notschächte gesprengt

Kattowitz, 21. Dezember.

Auf Veranlassung des Oberbergamtes wurden auf dem Gelände der Agnegrube in Hohenlohehütte etwa 600 von Arbeitlosen angelegte Notschächte in die Luft gesprengt, da in letzter Zeit in diesen Schächten viele Unglücksfälle vorgekommen sind.

Nur der Unglücksfälle wegen? Uns dünkt auch aus anderen sehr durchsichtigen Gründen. Aber es macht sich besser, wenn man sich zum Beschützer des Proletariats aufspielt.

Was gibt es zu Weihnachten für ein Sportwetter?

Sonnenschein, aber kein Schnee

Die Weihnachtsprognosen der Wetterpropheten sind für die Wintersportler bis jetzt nicht erfreulich. Die Witterung wird zwar auch für die nächsten Tage klar und schön sein, aber in den Bergen strahlt die Sonne in frühlingshafter Stärke. Es ist ungekehrt wie sonst: in der Ebene ist das Wetter neblig und kühl und je weiter wir in die Höhe kommen, desto intensiver macht sich die Sonnenstrahlung bemerkbar.

Die Sonne schmilzt auch die letzte Schneedecke weg, die der spärliche Schneefall zu Beginn dieses Monats gebracht hat.

Selbst in den Höhenlagen ist Sport nicht mehr möglich

und die Weihnachtsurlauber werden ihre Sportgeräte einstecken in die Ecke stellen müssen. Die Wetterpropheten machen für die nächsten Tage noch keine großen Hoffnungen; denn irgendwelche Anzeichen einer rasch eintretenden Wetterveränderung lassen sich noch nirgends erkennen; vergeblich suchen wir nach einem Wolkenstreifen am Horizont, denn selbst im europäischen Rufiland, das uns sonst immer Kälte und Schnee schickt, ist es relativ warm geworden.



SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68

PKG Arbeiter-Ausschuß. Sitzung heute 19 Uhr im Sekretariat.

Veranstaltungsgruppe der PKG. Morgen, 19.30. Probe (Freitag). Ort siehe morgige SAZ.

Kartenvertriebsleute: Kartenausgabe für Silvester-Veranstaltung Freitag von 4-5 Uhr.

Die Karten der Freitag-Veranstaltung können dort abgerechnet werden. Letzter Abrechnungs-termin: Montag früh 9 Uhr. an den Kinos.



Sekretariat Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10-12 Uhr und Donnerstag von 16-20 Uhr

Heim 8 (Älterengruppe). Heute Donnerstag: Zusammenkunft im Heim. Mitzubringen ist das „Kommunistische“ Manifest. Gäste willkommen.

Kleine Sportnachrichten

Freie Sportvereineigung Blau-Gelb. Am Freitag, den 23. Dezember, 20 Uhr, findet in unserem neuen Lokal bei Franke, Dorotheengasse, der Mannschaftsabend statt.

Arbeitereltern! Parteigenossen!

Wir empfehlen Euch, als Neujahrsgeschenk nur die Ansichtskarten der Arbeiterkinderfreunde (SAK) zu verwenden, weil sie kinderlich und weltschmerzlich einwandfrei sind!

Ihr erhaltet sie (Karte 10 Pf.) in allen Heimen der Arbeiterkinderfreunde, im Parteibüro und der Geschäftsstelle der „SAZ“.

Pache speist 1000 Kinder! Wie im vorigen Jahre, so wird auch dieses Mal wieder die Emil Pache Aktiengesellschaft durch Vermittlung und Hilfe des Breslauer Tierschutzvereins eine Spelung hilfbedürftiger Kinder in die Wege leiten. Das Städtische Wohlfahrtsamt wird dem Vorstand des Breslauer Tierschutzvereins 1000 Kinder aller Konfessionen nam-

haft machen, die ab dem 14. Donnerstag, den 20. Dezember 1932, nachmittags 3 Uhr, in den Kindergarten, Fleisburg, eingeladen werden.

Es erhält jedes Kind von der Emil Pache Aktiengesellschaft 2 Paar große Wiener Wurstchen, Brötchen nach Belieben und eine Tasse Kaffee Hag. Die Jugendgruppe des Breslauer Tierschutzvereins wird die kleinen Gäste mit eigenen Vorträgen erfreuen.

Wir freuen uns, die hochheilige Spende der Emil Pache Aktiengesellschaft an dieser Stelle bekanntgeben zu können und möchten es begreifen, wenn recht viele Firmen diesem Beispiele nachfolgen würden.

Auf die am Abend des gleichen Tages 20 Uhr stattfindende große künstlerische Weihnachtsfeier des Breslauer Tierschutzvereins im gleichen Saale, zu der zahlreiche Prominente Breslaus ihre Mitwirkung zugesagt haben, sei noch hingewiesen.

STADTHEATER

Dienstag, 20.—22.30. Abonnement-Vorst. D 8

Friedemann Bach

Freitag, 2.—gegen 12.45. Abonnement-Vorstellung G 6

Der Zarewitsch

Sonntagsabend **Geschlossen**

Sonntag, 14.30.—nach 17.45 (Ernted. Preise)

Die keusche Susanne

19.—gegen 21

Der Rosenkavaller

Montag, 15.—gegen 17.30 (Ernted. Preise)

Tiefland

19.30.—22.45

Der Teufelsreiter

LOBETHEATER

Donnerstag, 20.15.—22.30. auch 1. Freitag 13.30

Helmkehr des Olympiasiegers

Freitag, 20.15 (und täglich) zum 1. Male

Die Töchter der Exzellenz

Lustspiel vor Bus Fehete

2. Freitag 15.30—17.25

Robinson soll nicht sterben

GERHART-HAUPTMANN THEATER

Donnerstag, 20.15.—22. auch 1. Freitag 15.—0

Bargeld lacht

Freitag, 20.15 (und täglich) zum 1. Male

Auslandreise

v. Oosterlicher und Hirschfeld

2. Freitag 15.30—17.30

Wir fahren mit Diefel ins Märdienland

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Assistent: Herbert Scholz, Breslau, Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schetzky A.G., Breslau, Neue Gruppenstraße 7.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe

Telephon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau, 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto

Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau

Konto-Nr. 107 92

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe

Telephon 206 02

Insertionspreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Man kauft nur die guten und billigen



• Schmiedebrücke 2 — 1. Haus vom Ring •

soeben eingeliefert:

m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, 480 seiten stark, geheftet mit schutzeinband, ausnahmepreis 2.— Mk. s. a. z.-buchvertrieb breslau 6, kleine holzstraße 3

das wertvollste geschenk ist ein buch!

unser neu eingerichteter buchvertrieb bietet eine große auswahl preiswerter und guter bücher. der verkauf findet täglich in der geschäftsstelle der saz, kleine holzstr. 3, statt.

saz-buchvertrieb

Wo decke ich meinen Bedarf?

SUD U. SUDWEST

W. Krieger
Steinstraße 91 Telefon 306 39
Kolonialwaren — Delikatessen

R. & E. Horvay
Kolonialwaren
9% Rabatt auf sämtliche Waren 9%

Kolonialwaren — Spirituosen
Edel-Geschäft Martin Fleischer, Augustastraße 20.

Hugo Rinner,
Kolonialwaren, Spirituosen
Edeka-Geschäft!

ODERTOR U. SCHEITNIG

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren
Gertrudenstr. 2 9%

Wilhelm Kupczyk
Schneebergerstraße 51
Kolonialwaren Lebensmittel!

Leder K. Becker
billigst bei
K. Becker
Gneisenaustraße 5

Kauft nur bei unseren inserenten!

OHLAUER TOR

Zigarren - Zigarillos - Tabake
Paul Fleischer
Kl. Fischschl. Karl-Marx-Str. 12

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 138

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edel-Geschäft Kolonialwaren Weine Spirituosen

Erich Freitag
Edel-Geschäft • Kolonialwaren
Karl-Marx-Str. 38 Spirituosen • Weine
Tabake • 8%

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren • Feinkost

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Verkauf
Klein-Technisch
Karl-Marx-Str. 38

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Verwerstraße 76, Ecke Lübsstraße

PAUL RUDOLPH
Brüderstraße 46 Ecke Palmstraße
Edel-Laden Kolonialwaren Weine Spirituosen

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse am Graupenstr. 6/10

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 • Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

ZENTRUM
Für 2.50 Mk. schon einen herrlichen Präsent-Korb
bei **C. G. Müller**
Delikatessen-Haus
Jetzt Neue Taschenstr. 7 B gegenüber d. Alkazar

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind
erfolgreich
und billig!

Sei klug! Kauf bei Wäsche-Manneberg
Rauschstraße 45

Möbel Max Melik
Ohlauerstr. 53/54
Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN - FOTO

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschstr. 32/33
Bekannt leistungsstark in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Grüßdanner Straße 19/21 • Ohlauer Straße 43 • Poststraße 7 • Melkstraße 14

Der Neueste
Alleinvertreter:
Alfred Schölscher
Schmiedebrücke 13
Ganz besonders schöne Tischdecken
5 bis 21 Gebirgsstraße
Feine Reparatur-Werkstatt

Trotzkis Geschichte der Oktoberrevolution*

Von Irmgard Rasch

Vor kurzem ist der zweite Band von Trotzki's Geschichte der russischen Revolution erschienen. Er behandelt die Zeit vom Juli 1917 bis zum Oktoberaufstand. Auch der zweite Band reißt, wie der erste, die Zeit vom Februar bis Juli behandelnde Band, den Leser durch die Meisterhaftigkeit der Gestaltung mit. Der große Zusammenhang wird, wenn er einmal über allzuviel Details etwas verloren geht, doch stets wieder hergestellt und dem Leser eindringlich vor Augen geführt.

Das Buch übt auch deshalb eine so große Wirkung aus, weil Trotzki bei seiner Geschichtsschreibung nie vergißt, daß „der Materialismus nicht den fühlenden, denkenden und handelnden Menschen ignoriert, sondern erklärt“, und weil er es sich daher angelegen sein läßt, zu zeigen, wie sich mit den objektiven Verhältnissen und durch die eigenen Erfahrungen auch das Bewußtsein der Menschen wandelt, und wie diese Wandlung entscheidend wird für den revolutionären Erfolg.

Der Juli-Aufstand

Die revolutionäre Bewegung in Rußland war im Juli 1917 an einem kritischen Punkt angelangt. Im Februar waren zwar Sowjets (Räte) der Arbeiter und Soldaten — weniger noch der Bauern — entstanden, und die außerdem gebildete bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung hatte eine Aenderung der bisherigen Wirtschaftsverhältnisse versprochen. Aber sie blieb in dieser Hinsicht ohnmächtig und passiv. Die Wirtschaftslage im Innern wurde immer schwieriger, die Erbitterung der Soldaten über die Weiterführung des Krieges gegen Deutschland immer größer. Der überwiegende Teil der werktätigen Massen und, von einzelnen Regimenten abgesehen, auch der Soldaten aber stand trotzdem noch hinter den Menschewiki und Sozialrevolutionären; die Bolschewiki bildeten in den Sowjets eine Minderheit.

In dieser Situation drängten in Petrograd, wo Trotzki an der Spitze der revolutionären Bewegung stand, die Soldaten und Arbeiter nach einer bewaffneten Demonstration. Nach Ansicht der Bolschewiki konnte diese nur mit einer schweren Niederlage enden. Hinzu kam, daß das Bürgertum und die Menschewiki geradezu darauf warteten, daß sie die Bolschewiki, wenn sie sich an die Spitze eines Aufstandes stellten, für den zu erwartenden Zusammenbruch an der Front verantwortlich machen könnten. Die Bolschewiki und mit ihnen Trotzki, der damals noch nicht Mitglied der bolschewistischen Partei war, versuchten daher zu bremsen. Als ihnen das nicht gelang, gingen sie mit den Massen auf die Straße, um der Bewegung nach Möglichkeit den Inhalt zu geben, der der Situation entsprach. Die Bewegung wurde blutig niedergeschlagen. Trotzki und andere Revolutionäre wurden bald darauf verhaftet, und gerade die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nutzten, als nun auch noch eine Niederlage an der Front eintrat, die Niederlage des revolutionären Teiles der Arbeiter und Soldaten aus, um die Bolschewiki und vor allem Lenin wegen seiner Durchreise durch das kaiserliche Deutschland als Agenten und Spione des monarchistischen Deutschlands zu diffamieren.

Vom Kornilow-Aufstand bis zum Oktober

Der, allerdings schon in seinen Anfängen zusammengebrochene, konterrevolutionäre Aufstand des Generals Kornilow, der die Liquidierung der Räte, und die Wiederbefestigung der Herrschaft des Kapitals und des hohen Militärs zum Ziele hatte, und vor allem das zweideutige Verhalten des Regierungshauptes Kerenski (Mitglied der Sozialrevolutionäre) sowie der gesamten Regierung öffneten den revolutionär gesonnenen Massen die Augen. Sie erkannten immer deutlicher, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht imstande waren, ihr eigenes Programm der Interessenvertretung der Arbeiterklasse, der Verteilung des gutsherrlichen Bodens an die Bauern und die Herbeiführung des Friedens durchzuführen, weil ihre Grundrichtung das Paktieren mit der Bourgeoisie und nicht deren Bekämpfung mit allen in der jeweiligen Situation erforderlichen Mitteln war. Der Einfluß der Bolschewiki, die Begeisterung für sie wuchs rapide, und bei den Neuwahlen der Sowjets erlangten die Bolschewiki jetzt in allen entscheidenden Gebieten, zum Teil überwältigende, Mehrheiten über die Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Als dann noch ein neuer Rückschlag an der Front hinzukam, als Riga fiel und sogar Petrograd, damals noch die Hauptstadt des russischen Reiches, von feindlichen Truppen bedroht war, und als die Regierung das revolutionäre Petrograd dem Feinde zu überlassen bereit war, da erreichte die revolutionäre Situation ihren Höhepunkt. Lenin, der seit dem Juliaufstand illegal lebte, forderte die Proklamierung des bewaffneten Aufstandes der Arbeiter, Soldaten und Bauern mit der Parole „Alle Macht den Sowjets“, und die Festsetzung eines bestimmten Termins für den Aufstand im Zentralkomitee der Bolschewiki. Nach schweren Differenzen wegen dieser Schwenkung gegenüber den Vormonaten, die so weit führten, daß Lenin mit seinem Austritt aus dem Zentralkomitee

drohte, stellte sich die bolschewistische Partei mit dieser Aufgabenstellung an die Spitze der im ganzen Lande immer revolutionärere Formen annehmenden Bewegung.

Am 25. Oktober damaliger russischer Zeitrechnung trat der von den Bolschewiki gegen den Willen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre durchgesetzte Sowjetkongreß, der die Parole „Sturz der Regierung, alle Macht den Räten“ sich zu eigen machte. Die Spitzenfunktionäre der Menschewiki und des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre verließen daraufhin den Saal. Aber die 500 bis 600 Delegierten der Sowjets des ganzen

Reiches wählten einmütig ein neues Zentralkomitee der Sowjets aus 62 Bolschewiki und 29 linken Sozialrevolutionären und mit erdrückender Mehrheit den ersten Rat der Volkskommissare, und in diesen nur Mitglieder der Bolschewistischen Partei, den auf dem Kongreß zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit erscheinenden und mit ungeheurem Jubel begrüßten Lenin an der Spitze. Währenddessen und auch noch am nächsten Tage tobte der Kampf auf den Straßen, der mit dem vollen Siege der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft endete.

Politik der Kommunistischen Internationale im Jahre 1925 ein und versteigt sich in diesem Zusammenhang bis zu der Behauptung, es zeuge für das „Unverständnis für den permanenten Charakter der Revolution in der imperialistischen Epoche“, wenn man „aus Lenins Lehre von der fortschrittlichen historischen Bedeutung des Kampfes der unterdrückten Nationen die Schlußfolgerung von einer revolutionären Mission der Bourgeoisie der Kolonialländer“ ziehen würde. Die Bourgeoisie könne auch dort in keinem Augenblicke eine revolutionäre Rolle spielen.

Diese These steht erstens im Widerspruch zu den auf dem Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale über hervorragender Beteiligung Lenins ausgearbeiteten Kolonialthesen. Zweitens zeigt sie unseres Erachtens deutlich den Gedanken sprang in der „Theorie der permanenten Revolution“, der praktisch statt zu dem gewollten Ziel, zu Niederlagen führen muß.

Trotzki ist bestrebt, in seiner Geschichte der Oktoberrevolution aufzuzeigen, wie er — im Gegensatz zu Stalin und anderen — in jener Zeit in allen entscheidenden Situationen völlig mit Lenin zusammengeht — und auch selbständig und in der Praxis in Petrograd dieselben Entscheidungen trifft, wie ihm nachträglich aus den Briefen und Artikeln, die der illegale Lenin schreibt, bekannt werden. Daß er dabei die Schwächen und Schwankungen eines Stalin, Sinowjew, Kalinin und anderer recht kräftig hervorhebt, ist angesichts seiner späteren Behandlung durch diese verständlich. Die historische Wahrheit wird dadurch kaum verletzt, wenn man andererseits auch nicht verkennen darf, wie schwierig die Situation und die Entscheidung des bolschewistischen Zentralkomitees, und wie groß die Verantwortung der Bolschewiki als der revolutionären Partei in Rußland waren.

Eine falsche Fragestellung

Auf Grund seiner „Theorie der permanenten Revolution“ gelingt es Trotzki nicht, oder er stellt sich auch gar nicht die Aufgabe, die sehr beliebte und meist sehr unfruchtbar verlaufende Diskussion, ob Lenin im Jahre 1917 zum Trotzkismus oder Leninismus übergegangen sei, auf eine fruchtbarere Grundlage zu bringen. Unseres Erachtens hat Lenin sich im Jahre 1917 keineswegs zur „Theorie der permanenten Revolution“ bekehrt. Das von ihm im April umgearbeitete Parteiprogramm und nachher die Weiterführung der Revolution über dieses Programm hinaus zeigt nur aufs neue, wie sehr Lenin es verstand, prinzipielle Festigkeit mit einer grandiosen Anpassung der Strategie und Taktik an die jeweilige Situation zu vereinen.

Es ist sicher nicht von ungefähr, daß Trotzki dem Leser, bei dem er im allgemeinen doch wohl nicht schon eine genaue Kenntnis der Dinge voraussetzt, erst dort, wo er in der chronologischen Reihenfolge der Ereignisse den Sechsten Parteitag der Bolschewiki behandelt — und auch hier nur beiläufig — mitteilt, daß er selbst erst jetzt Mitglied der Partei der Bolschewiki wird. Zwar stimmt es, daß seit Trotzki's Rückkehr aus der Emigration keine Differenzen aufgetaucht waren, und daß er — ein Beweis für die Uebereinstimmung und das damals von den Bolschewiki in ihn gesetzte Vertrauen — sogleich in das Zentralkomitee der Partei gewählt wurde. Aber man vermißt an dieser Stelle eine klare Darlegung, wie Trotzki selbst sich die erst jetzt vorhandene Uebereinstimmung erklärt.

Eine Lehre revolutionärer Strategie von internationaler Bedeutung

Trotz dieses Vorbehaltes und mit dem Hinweis, daß die Trotzki'sche Geschichte des russischen Oktobers nicht kritiklos gelesen werden darf, ist das Werk ein hervorragendes Lehrbuch revolutionärer Strategie für die ganze internationale Arbeiterbewegung.

Die russischen Arbeiter können uns gewiß nicht der Aufgabe entheben, unseren Weg selbst zu finden. Aber wir können aus ihrem Weg und aus ihren Erfahrungen ungeheuer viel für unsere Aufgaben lernen. Man muß deshalb mit aller Schärfe der bürgerlich-sozialdemokratischen Argumentation entgegenreten, daß die Methoden und Formen der russischen Revolutionen „nur in Rußland möglich“ und für den proletarischen Kampf in Westeuropa keine Lehren sein könnten. Zurückgewiesen werden muß auch der Standpunkt, der in der Besprechung des Trotzki-Buches im „Kampfsignal“ zum Ausdruck kam, „daß in Deutschland nicht eine elementare Idee wie die des Friedens und der Bodenverteilung, sondern nur eine konstruktive Idee, die die Mittelschichten mitreißt, die Kaders der Revolution schafft“. Auch in Deutschland werden die Massen, die proletarischen sowohl wie die mitzureißenden Mittelschichten, durch elementare, materielle Interessen zum revolutionären Kampf getrieben.

Es ist dringend zu wünschen, daß die in dem Trotzki'schen Werke und durch die Revolution selbst aufgeholten Probleme mit größter Gründlichkeit und mit einem anderen Verantwortungsbewußtsein, als die Kommunistische Internationale es bekundet, in allen Kreisen der deutschen Arbeiterbewegung durchgearbeitet und diskutiert werden.

Die Probleme der russischen Revolution

Der Aufstand als politische und technische Aufgabe

Trotzki versteht es, die Erfahrungen, die in dieser kurzen Zeitspanne gewonnen werden, so darzustellen, daß ihre nicht nur geschichtliche, sondern höchst aktuelle Bedeutung für die proletarische Revolution auch in anderen Ländern jedem unvoreingenommenen Leser deutlich werden muß.

Wir können hier nicht auf alle äußerst wichtigen Probleme eingehen und wollen deshalb nur besonders die Frage des bewaffneten Aufstandes, nicht nur als politische, sondern auch als technische Aufgabenstellung hervorheben. Es ist dies eine Problemstellung, die die Sozialdemokratie in allen Ländern gern als typisch für das bolschewistische „Jakobinerium“ und als Beweis für den „Bakuninismus“ (Verschwörung und Terror von Minderheiten) im Bolschewismus oder Leninismus abtun möchte.

Trotzki steht hier ganz auf dem Boden von Lenin. Seine Darstellung ist ein überzeugender Beweis, daß diese Vorwürfe unangebracht sind. Bei Lenin und den Bolschewiki hat es sich niemals um Minderheitsaktionen gehandelt. Es handelt sich vielmehr darum, daß eine revolutionäre Partei in der Situation, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse politisch für den Kampf bis zum Sturz des Kapitalismus und der Errichtung ihrer eigenen Diktatur gewonnen ist, nicht nur das Recht, sondern als fortgeschrittenster und bewußtester Teil die Aufgabe und die Pflicht hat, alle Schwierigkeiten, die sich ergeben werden, vorher genau durchzudenken und in jeder, auch militärischer, Hinsicht Gegenmaßnahmen zu treffen, die den Erfolg sicherstellen.

Engster Kontakt mit den Massen

Trotzki stellt an Hand der Tatsachen sehr eingehend dar, wie die Bolschewiki unter Lenins Führung stets darauf bedacht waren, daß genau die Schritte unternommen, daß von den Bolschewiki die Losungen gegeben wurden, die dem Bewußtsein der Massen angepaßt sind. In dieser Fähigkeit hat Lenin alle anderen weit übertroffen. Hier liegt die Wurzel für seine Erfolge, und hier an diesem Punkte setzen deshalb auch alle Gegner der proletarischen Revolution mit ihrer Schmähung ein: Lenin habe in seinen Parolen hin und her geschwankt und sich als größter Opportunist des Jahrhunderts immer jeweils nur den Situationen angepaßt.

Hier sei nur eins der vielfach mißverständlichen Beispiele angeführt:

Trotzki schildert, wie die Bolschewiki in einer bestimmten Periode im Jahre 1917 die von ihnen vorher in den Mittelpunkt gestellte Losung „Alle Macht den Sowjets“ zurückstellten und statt dessen ihre Aufmerksamkeit vor allem den Fabrikkomitees und Gewerkschaften zuwandten. Im September 1917 aber trat ein neuer Umschwung bei ihnen ein; alle Kräfte wurden wieder auf die Sowjets konzentriert, die Losung „Alle Macht den Räten“ rückte wieder in den Vordergrund.

Die Ursache wird von Trotzki deutlich aufgezeigt. Es handelt sich um die Zeit, in der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Sowjets durch die letzten Wahlen noch zahlenmäßig beherrschten, wo aber die Massen immer mißtrauischer werden und immer mehr daran zweifeln, daß Lenin und die Bolschewiki die Verräter sind, als die man sie ihnen hingestellt hat. In diesem Augenblick zu sagen, daß die Macht in die Hände der von den Menschewiki und Sozialrevolutionären beherrschten Sowjets übergehen müsse, während die Menschewiki und Sozialrevolutionäre jeden Tag bewiesen, daß sie mit der Macht nichts anzufangen wissen, bedeutete nur eine Phrase. Dagegen waren die Fabrikkomitees und Gewerkschaften, in denen die Erregung und Revolutionierung der Massen immer deutlicher in Erscheinung trat, für die Bolschewiki in diesem Augenblick der beste Boden, um sich das Vertrauen, die Mehrheit zu erringen. Als ihnen das gelungen war, als, von unten her, auch die Räteorganisationen anders zusammengesetzt wurden, als sie die ihnen zustehenden Aufgaben wirklich erfüllen konnten, da mußte diese Aufgabe in den Mittelpunkt gestellt werden.

Dieses Verhalten der Bolschewiki zu den Räten ist zugleich eine Widerlegung der sehr oberflächlichen Behauptung, daß Lenin organisatorische Aufgaben und Formen überschätzt und politische Fragestellungen und ein Heranreifen der Massenkenntnis nicht oder zu wenig beachtet hätte. Grade das geschilderte Beispiel sowie auch das Verhalten der Bolschewiki vor dem Juliaufstand zeigen, wie es ihnen auf die politische Beeinflussung und Reifung der Massen ankam, wie fern Lenin eine Fetischisierung der Organisationsform lag, während er andererseits, wo es angebracht war, allerdings dem Organisatorischen auch die ihm zukommende Bedeutung, ja in bestimmten Situationen eine entscheidende Bedeutung beimaß.

Nicht bürgerlich-demokratische, sondern proletarisch-bäuerliche Republik!

Die Frage, ob Lenin und die Bolschewiki im Jahre 1917 auf die Errichtung einer bürgerlich-demokratischen Republik oder auf die sozialistische Revolution visiert haben, hat zu vielen Mißverständnissen und Irrtümern Anlaß gegeben. Und es ist auch Trotzki, der in seinem Buch mit der Stalin'schen Legendenbildung aufräumt, als ob die Bolschewiki immer gradlinig und stets alle im Einklang mit Lenin ihren Weg gegangen wären, nicht der Vorwurf zu ersparen, daß er in dieser Frage nicht klar Stellung nimmt.

Lenin hatte im April 1917, nicht ohne heftige Auseinandersetzung mit Kamenew, Stalin und anderen Mitgliedern des bolschewistischen Zentralkomitees, eine Revision des bolschewistischen Parteiprogramms durchgesetzt. Die Hauptergänzung und -änderung war die Darlegung, daß international die Aufgabe, die sozialistische, proletarische Revolution durchzuführen auf der Tagesordnung steht, und daß es sich unter den gegebenen Verhältnissen in Rußland nicht mehr um die (in dem seit 1903 bestehenden Parteiprogramm geforderte) Errichtung der bürgerlich-demokratischen Regierung, sondern um die Errichtung einer proletarisch-bäuerlichen Republik handelte. Einer Republik, in der die Nationalisierung der Banken und Trusts und des Bodens und die Uebergabe des Landes an die Bauern, eine allgemeine Bewaffnung des Volkes, die Ersetzung des stehenden Heeres durch eine allgemeine Miliz u. a. m. durchgeführt würde.

Lenin glaubte zeitweilig sogar, daß dieses Programm unter den gegebenen Verhältnissen auf friedlichem Wege, durch Mehrheitseroberung der Bolschewiki in den Sowjets, durchgeführt werden könnte. Die weitere Frage, ob die Durchführung der sozialistischen Revolution in Rußland früher in Angriff genommen würde als in einem der westeuropäischen Länder oder erst später, konnte nicht vorweg beantwortet werden. Das hing von der Situation ab. Für Lenin war theoretisch das eine so gut möglich wie das andere. Zunächst kam ihm, zwecks Sicherung und Weiterführung der Revolution, alles darauf an, daß die bestehende Doppelherrschaft einem Zustand Platz machen würde, wo die Räte die ganze Macht in Händen haben würden. Auf dieses unmittelbar gegebene Ziel ist Lenins Tätigkeit konzentriert.

Trotzkis „Theorie der permanenten Revolution“

Trotzki hatte Jahre lang mit den Bolschewiki über die Frage der „permanenten Revolution“ gestritten. Was er darunter verstand und versteht, ist in einem Anhangskapitel über die Frage „Sozialismus in einem Lande“ und in engem Zusammenhang mit dieser Frage von ihm dargestellt.

Trotzki sagt es in seiner Geschichte der russischen Revolution nicht direkt, aber es ist zwischen den Zeilen zu lesen, daß er seine Theorie durch die Geschichte für richtig erwiesen hält. Er sichts sogar, auch heute an seiner „Theorie der permanenten Revolution“ festhaltend, in die Geschichte der russischen Revolution seine aus vielen anderen Schriften bekannte Kritik an der — von uns aus andern Gründen, keineswegs verteidigten — China-

* Leo Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Oktoberrevolution. Berlin 1933, Verlag S. Fischer. 735 Seiten.